Elitenwandel in der Leipziger Wirtschaftsregion 1945–1948. Von den Leipziger „sächsischen Industriefamilien“ zu Kadern aus dem Leipziger Arbeitermilieu

Nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges kam es in der Wirtschaft der sowjetischen Besatzungszone zu radikalen Strukturveränderungen, die mit einem nahezu vollständigen Elitenwechsel einhergingen. Während sich im Westen die bürgerliche Elite nach einer Überbrückungszeit mehr oder weniger schnell wieder etablieren konnte, wurde in der SBZ/DDR eine neue Kader-Elite¹ ausgebaut. Bisher vorliegende Darstellungen zum gesellschaftlichen Wandel in der SBZ, die diesen vor allem aus der Perspektive der politischen Orientierungen und Vorgaben der Besatzungsmacht bzw. der neuen deutschen Verwaltungen sehen, sprechen davon, daß in der Wirtschaft ein schneller und radikaler Eliten-austausch erfolgte.² Präzise Einschätzungen zum Elitenwechsel werden sich jedoch erst treffen lassen, wenn für die regionale und lokale Ebene ebensolche Untersuchungen zum Elitenwechsel in der Wirtschaft angestellt werden, wie sie in den Bereichen Verwaltung und Bildung³ bereits vorliegen.

Eine solche regionale Studie ist das Ziel des Dissertationsprojektes, dessen erste Zwischenergebnisse hier zur Diskussion gestellt werden, und das sei vorweggenommen, die Einschätzungen von Staritz zumindest relativieren. Untersuchungsgegenstand ist der Elitenwechsel für die Leipziger Wirtschaftsregion. Unter dieser wird der Raum des damaligen Stadt- und Landkreises Leipzig verstanden, der bekanntlich bis Ende Juni 1945 amerikanisch besetzt war. Der damit verbundene Besatzungswechsel ist als eine regionale Besonderheit zu betrachten, die sich gegenüber dem von Anfang an durch die sowjetische Armee besetzten sächsischen Gebiet östlich von Mulde und Elbe abhebt.

Die Leipziger Region hatte in wirtschaftlicher Hinsicht strukturelle Eigenschaften, die für das gesamte Sachsen typisch waren: eine durch mittlere und kleinere Unternehmen geprägte Industrie, in der

aber – und besonders seit Mitte der dreißiger Jahre – Großbetriebe zunehmend an Bedeutung gewannen. Die Belegschaften dieser Betriebe bestanden überwiegend aus einer qualifizierten Arbeiterschaft mit einem traditionell besonders hohen Organisationsgrad und einer festen Verankerung in einem sozialistisch geprägten Milieu⁴, das zumindest mit einem Restbestand die NS-Zeit überdauerte.

Leipzig war aber in erster Linie bekannt für ein alteingesessenes, ausgeprägtes und selbstbewußtes Wirtschaftsbürgertum, vor allem in der Industrie, im Handel und im Verlagswesen. Insbesondere seit dem letzten Drittel des 19. Jhs. hatte sich das Industriebürgertum, von dem ein nicht unbeträchtlicher Teil Unternehmen in der Metallindustrie bzw. im Maschinenbau besaß, eine dominierende Rolle in der Messestadt eingenommen. So läßt ein ausgeprägter politischer und sozio-kultureller Dualismus von Bürgertum und Arbeiterschaft, der auch in der Weimarer Republik fortbestand, Leipzig als Untersuchungsregion für unsere Thematik besonders interessant erscheinen.

Zur Spezifik der Leipziger Wirtschaftsregion

Es ist bemerkenswert, wie Vertreter der alten industriellen Elite auch nach dem Volksentscheid vom 30. Juni 1946 eine führende Position zu halten versuchten. In einem Bericht von Walter Lessing, Kommanditist der Firma R. Sack, über eine Beratung der Gesellschafter der Firma zur geschäftlichen Lage der Firma am 24. Juli 1946 äußerte dieser seine Meinung über die Zukunft des Unternehmens im Rahmen einer künftigen Nachkriegsordnung: „Es ist zu prüfen, ob das Fortbestehen von sächsischen Industriefamilien unter den gegebenen Verhältnissen insbesondere für eine sozialistische Mehrheit tragbar und wünschenswert ist. [...] Die sächsischen Industriefamilien haben durch eine jahrzehntelange Praxis ihren Sozialismus der Tat bewiesen. Ihre Vertreter haben in politischen Dingen meist schiefe Urteile gehabt, weil das deutsche Gesamtbild ihnen keine richtige Basis für ihr eigenes Denken gab.“⁵ Lessing lehnte eine oberflächliche Säuberungsaktion ab, die sich auf den bloßen Austritt oder Eintritt in eine Partei beschränke, und forderte eine „klare Abkehr von dem Antisemitismus der Familie“. Er begründete die Forderung nach dem Fortbestehen der sächsischen Industriellenfamilien damit, daß die sächsische Industrie ihre Entwicklung nicht einzelnen Personen oder Konzernen verdanke, sondern „der steten Arbeit der Industrie-Familien“. Mit „Sozialis-

mus der Tat“ meinte Lessing die stete Unterordnung der eigenen Interessen unter die Interessen der Firma, wofür die Familie Sack typisch sei. Er griff damit eine Formel auf, die im Selbstverständnis dieser und anderer Industriellenfamilien ihren Platz hatte, aber auch in der sozialpolitischen Terminologie der NS-Führung aufgegriffen worden war.

Diese sogenannten „Industriefamilien“ waren auch in anderen Regionen Deutschlands anzutreffen, insbesondere in Thüringen und in Südwestdeutschland. Typisch für die hier untersuchte Region war der Betrieb im Familienbesitz. Anonyme Kapitalgesellschaften, wie sie für das Ruhrgebiet, die Maschinen- und Elektroindustrie Berlins und für die chemische Industrie Mitteldeutschlands charakteristisch waren, existierten hier kaum. In der Region Leipzig stellten Betriebe mit bis 50 Beschäftigten die umfangreichste Betriebsgrößengruppe.⁶

Die bereits als Beispiel genannte Firma Rudolph Sack war von ihrer Entwicklung her charakteristisch für die Leipziger Metall- und Maschinenindustrie: Es handelte sich um einen Betrieb, der sich über drei Unternehmergenerationen vom Kleinbetrieb zum Großbetrieb entwickelt hatte. Vor Kriegsbeginn 1939 zählte er ca. 3000 Beschäftigte. Seine herausragende Stellung in der SBZ resultierte aber vor allem daraus, daß er hier die einzige große Landmaschinenfabrik war. Gleichermäßen können die hier neben der Firma Sack als Beispiele für die Studie herangezogenen Firmen aus der Metallbranche als Großbetriebe gelten: Meier & Weichelt, Eisengießerei (Mai 1946 über 2000 Beschäftigte und 1951 sogar über 3000 Produktionsarbeiter), die Getriebefabrik Köllmann Werke (1945 ca. 1500), die Pittler Werkzeugmaschinen AG (1944/45 mehr als 500 in Leipzig von insgesamt 8000 in Europa) und die Fabrik für polygraphische Maschinen Karl Krause (1947 über 600 Beschäftigte). Diese Betriebe waren zwar nicht charakteristisch für die in Sachsen quantitativ dominierende Textil- und Fertigwarenindustrie, aber sie hatten wegen ihres hohen Exportanteils und ihrer auch technologischen Spitzenstellung in der auf Ausfuhr orientierten Industrie Sachsens eine Führungsposition inne.

Betrachten wir die Eigentumsverhältnisse und die Leitungsorganisation, trifft der Ausdruck Industriefamilie auf die Firma Sack durchaus zu. Nicht nur, daß die Familie Sack in drei Unternehmergenerationen an der Spitze der Firma stand. Eine Liste von 1945 weist 18 Gesellschafter auf, die alle enger oder ferner mit dem Firmengründer Rudolph Sack verwandt waren. Auch die Firma Meier & Weichelt war fest im Familienbesitz der Nachfahren der Gründer. In beiden Fir-

men arbeiteten oft mehrere Familienmitglieder in leitenden kaufmännischen oder technischen Funktionen, und es hing oftmals nicht wenig von den Leistungen dieser Familienmitglieder für die Entwicklung des Unternehmens ab. Das gleiche traf für die ebenfalls seit drei Generationen in Familienbesitz befindliche Maschinenfabrik Karl Krause zu.

Um die Argumentation vom „Sozialismus der Tat“ der „sächsischen Industriefamilien“ nicht kritiklos zu akzeptieren, scheint mir der Blick auf die betriebliche Sozialpolitik wichtig. Kennzeichnend dafür war die Betonung des engen Verhältnisses zur Stammebelegschaft und die auf den Firmengründer bezogene Traditionspflege. Wenn man die Modelle der „autoritären“ und „konstitutionellen“ Fabriken zugrundelegt⁷, kann man die Firma Sack von der Tradition und inneren Verfassung eher als autoritär-patriarchalisch denn als konstitutionell bezeichnen. Bei der Firma Karl Krause scheint dies vordergründig nicht so eindeutig zu sein. So soll es dort bereits „lange vor 1914“ einen „Ältestenrat oder Vertrauensrat der Arbeiter und Angestellten, den diese zur Vertretung ihrer Interessen bei der Geschäftsleitung selbst wählen“, gegeben haben.⁸ Bei kritischer Betrachtung dieser Selbstdarstellung der Firma ist wohl auch in diesem Fall das patriarchalisch-autoritäre Element maßgebend.⁹ Obwohl bei der Pittler AG der Firmengründer früh verdrängt wurde und diese sich zu einer Kapitalgesellschaft umbildete, wurde auch dort die enge Verbindung zur Stammebelegschaft und das Unternehmensleitbild des Firmengründers nicht weniger gepflegt.¹⁰

Das Bild vom „typischen sächsischen Unternehmer“¹¹ wurde von den Leipziger Industriellen der Metall- und Maschinenindustrie gern bemüht. Es hatte seine Funktion gegenüber der Belegschaft, dokumentierte ihr gegenüber die patriarchalische Leitfigur. Es drückte aber auch die Sonderinteressen gegenüber der in Deutschland dominanten und die Wirtschafts- und Finanzpolitik des Reiches wesentlich beeinflussenden Großindustrie anderer Wirtschaftsregionen aus.

Leipziger Unternehmerfamilien der Metall- und Maschinenindustrie waren im letzten Drittel des 19. Jhs. entweder wegen der günstigen Standortbedingungen zugewandert oder hatten sich hier aus in Leipzig ansässigen Familien herausgebildet. Die Stammfirmen und der Hauptteil ihrer Produktion lagen jeweils in Leipzig und Umgebung. Teilweise wurde die dadurch entstandene regionale Prägung der Leipziger Unternehmerschaft jedoch auch durch branchenbestimmte Interessenlagen und überregionale Kapitalverflechtungen überlagert.

So war der Stöhr-Konzern durch Aktienanteile verflochten mit Kammgarnspinnereien in ganz Deutschland und in Osteuropa.

Nicht wenige der genannten Unternehmer waren in wirtschaftspolitischen Funktionen tätig, übten so einerseits einen gewissen Einfluß auf die kleineren Unternehmer der Region aus und nutzten andererseits diesen Einfluß, um die besonderen Interessen der Unternehmer der Region zu artikulieren. So war Gustav Köllmann, Generaldirektor der Köllmann-Werke vor 1933 langjähriger Vorsitzender des Verbandes der Metallindustriellen Leipzigs. Werner Stöhr, Mitinhaber der Stöhr & Co. AG, war bis zum Kriegsende Präsident der Wirtschaftskammer Leipzig und gehörte dem Beirat der Wirtschaftskammer Sachsens an. Einflußreich war seine Funktion als stellvertretender Vorsitzender des Reichsmesserates. In noch höherem Maße gingen bei Otto Sack die Einflußmöglichkeiten über die regionale Ebene hinaus. Er war bereits in der Weimarer Republik im Vorstand der Ortsgruppe Leipzig des Verbandes Sächsischer Industrieller und als Mitglied des Reichskuratoriums für Technik und Landwirtschaft tätig, stieg aber erst nach 1933 in einflußreichere Positionen auf. Er wurde nach 1933 Leiter der Wirtschaftsgruppe Maschinenbau und bereits 1934 Führer der Bezirksgruppe Sachsen der Reichsgruppe der Industrie. Alle drei Unternehmer wurden zu Wehrwirtschaftsführern ernannt. Inwieweit und zu welcher Zeit sächsische und Leipziger Unternehmer sich mit dem nationalsozialistischen Regime mehr oder weniger identifizierten, inwiefern sie sich zumindest partiell und zeitweilig in Interessenwidersprüchen zu dieser politischen Führung befanden, muß in diesem Beitrag noch offen bleiben

Ob die Leipziger Unternehmer sich von einer so ausgeprägten „sächsischen Identität“ leiten ließen, ist mehr als fraglich.¹² Leipzig verstand sich eher als Reichsstadt denn als sächsische Metropole, was sich auch aus ihrem internationalen Rang als Messestadt, als Buchstadt und als Zentrum der internationalen Rauchwarenindustrie erklären läßt. Zum anderen gab es seit den zwanziger Jahren Bestrebungen, eine zentrale Rolle im vieldiskutierten und umstrittenen Mitteldeutschland zu spielen.¹³ Diese Ambitionen waren Ausdruck einer interessen geleiteten „kompensatorischen Politik zum Ausbau der regionalen Wirtschaftsstruktur“¹⁴. In der politisch und wirtschaftlich angespannten Situation am Kriegsende zeigte sich, daß die „sächsische Identität“ durchaus pragmatisch gemeint war. In der Zeit der amerikanischen Besetzung Leipzigs strebte der neu eingesetzte Bürgermeister Vierling den Anschluß der Stadt an die gleichfalls unter amerikani-

scher Besetzung stehende Provinz Sachsen an und verfolgte perspektivisch eine Wiederaufnahme der Mitteldeutschlandpläne unter Ein-schluß Thüringens. Das Wiederaufleben des Regionalismus wurde von den amerikanischen Besatzern erwartet, wie entsprechende Geheimdienstanalysen zeigen.¹⁵ Die Motive des Vorstoßes des Leipziger Oberbürgermeisters waren vielfältig: Für die Ernährungssituation der Stadt schien ein Anschluß an die industriell, aber gleichermaßen auch agrarisch geprägte sächsische Provinz günstiger. Die strukturellen Veränderungen der Wirtschaft Mitteldeutschlands seit den zwanziger Jahren hatten darüber hinaus die Verbindungen zwischen dem sächsischen Teil und dem angrenzenden „engeren mitteldeutschen Industriebezirk“¹⁶ so dicht werden lassen, daß von einer einheitlichen Wirtschaftsregion gesprochen werden kann. Spekulationen über die Grenz-ziehung zwischen den westlichen und der sowjetischen Besatzungszone bestärkten in diesen Überlegungen, verloren mit der Bekanntgabe der Grenzen der Besatzungszonen und mit dem Abzug der US-amerikanischen Besatzung aber jegliche Grundlage.

Ausschaltung der alten Eliten

Zwei von den Alliierten verkündete Vorgaben zielten auf die Ablösung deutscher Wirtschaftseliten nach 1945: Entnazifizierung und Entmilitarisierung.¹⁷ Von der mehr oder weniger rigiden Durchführung dieser Ziele hing das Schicksal vieler Unternehmer und Manager ab. Die amerikanische Militärregierung, in Leipzig von April bis Anfang Juli präsent, schien mehr Wert auf eine funktionierende deutsche Verwaltung und Wirtschaft zu legen als auf eine radikale Entnazifizierung. Trotz der kurzen Besatzungszeit blieb sie jedoch nicht untätig, insbesondere wenn man die Arbeitsbedingungen der amerikanischen Military Government Detachements in Mitteldeutschland während der ersten drei Monate nach Ende der Kampfhandlungen berücksichtigt.¹⁸ In Leipzig konzentrierten sich die Amerikaner zuerst auf die Säuberung und Umbesetzung der Spitzenpositionen in den Behörden. Bei der Entnazifizierung in der Leipziger Stadtverwaltung war man dabei aber nicht stehengeblieben, wie die Entlassung von 805 Personen bis Ende Mai 1945 belegt.¹⁹

Etwas anders sah es bei der Entnazifizierung der Wirtschaft aus, sie beschränkte sich offenbar zunächst auf die höheren Funktionsträger, wie die Verhaftung des Wehrwirtschaftsführers Otto Sack belegt. Zu

einem tieferen Einschnitt kam es beim Wechsel der Besatzungsmacht, als nicht wenige leitende Personen der Wirtschaft und Fachkräfte mit den Amerikanern Leipzig verließen. Darunter befanden sich auch mehrere Ingenieure der Pittler AG unter Führung von Direktionsmitglied Ingenieur Fehse. Dieser war zwar Wehrwirtschaftsführer, wird jedoch als kein fanatischer Nazi geschildert. Der Nationalsozialismus war für ihn nach diesen Berichten nur insoweit interessant, wie er das Unternehmen förderte. Auch die von den Amerikanern vorangetriebene Abwanderung einiger Verlage gehört zu diesem Einschnitt, wobei u.a. Hans Brockhaus Leipzig verließ.

Nachdem nun die sowjetische Besatzungsmacht im Leipziger Raum etabliert war, erfolgte eine tiefgreifendere Entnazifizierung, die mit dem Prozeß der Enteignung gekoppelt wurde. Kleßmann unterscheidet drei Ebenen der Enteignungswellen in der Industrie bis 1946/47 in der SBZ:

1. durch die Belegschaft vor allem bei „herrenlosen“ Betrieben als faktische Enteignung (worin den Betriebsräten eine wesentliche Rolle zukam),
2. durch den Befehl Nr. 124 der SMAD vom 30. Oktober 1945,
3. durch deutsches Recht (insbesondere den Volksentscheid zur Enteignung der Nazi- und Kriegsverbrecher vom 30. Juni 1946 in Sachsen und die darauf folgenden Volksentscheide bzw. Enteignungsverordnungen in den übrigen Ländern der SBZ).²⁰

Die ersten Entnazifizierungsmaßnahmen, in denen sich die besondere Rolle der neugebildeten Betriebsräte zeigte, stellten bereits Weichen für die künftige personalpolitische Entwicklung in den Unternehmen.²¹

Vor allem war die Mitgliedschaft von Angehörigen der Unternehmensleitungen in der NSDAP, die in einigen Fällen fast die gesamte Direktion betraf, Ausgangspunkt und Grundlage von Pressionen seitens der Belegschaften in den Betrieben. Im Zusammenhang mit den Enteignungsbestrebungen und der Entwicklung der Gewerkschaftsbewegung und besonders der Betriebsräte kam es zu einer grundlegenden Verschiebung betriebsinterner Machtverhältnisse, die bis zu Machtkämpfen zwischen Betriebsräten und den alten Betriebsleitungen führen konnte. In Leipziger Betrieben entstanden frühzeitig sogenannte antifaschistische Dreierausschüsse, die nicht selten ein scharfes Mißtrauen gegen die alten Unternehmensleitungen hegten; aber in einigen Firmen kam es auch zur Stützung der alten Leitungen durch die Betriebsräte. Bei Meier & Weichelt, wo laut Betriebsvertretung

alle Mitglieder der Geschäftsleitung NSDAP-Mitglieder gewesen waren, handelte der Betriebsrat noch vor dem Befehl Nr. 124 der SMAD vom 30. Oktober 1945 mit der alten Firmenleitung ein Kompromiß aus.

Nach dem „Volksentscheid zur Enteignung der Nazi- und Kriegsverbrecher“ vom 30. Juni 1946 in Sachsen wurden in Leipzig von Liste A 104 Betriebe mit 10.991 Beschäftigten volkseigen, davon wurden 34 (12 graphische, sieben Rauchwaren- und 12 Baubetriebe) an die Stadt übergeben.

In der Folge wurde die Firma Meier & Weichelt in Volkseigentum überführt und zum VEB Leipziger Eisen- und Stahlwerke (LES) umbenannt. Die Firma Sack stand noch bis 1948 unter Treuhand und wurde dann in die VEB Bodenbearbeitungsgeräte umgewandelt. Die Bemühungen der Gesellschafter um Rückgabe, die damit begründet wurde, daß von 17 Teilhabern nur drei nominelle Parteigenossen gewesen seien, zwei weitere sogar Opfer des Faschismus²², blieben somit erfolglos. Die Enteignung der gesamten Firma wurde u.a. mit der Rüstungsproduktion der Firma Sack begründet.

Eine mit dem Stand vom 30. September 1946 berechnete Statistik über das Schicksal und die Beschäftigung der durch den Volksentscheid vom 30. Juni 1946 in Sachsen enteigneten Personen läßt den tiefen Einschnitt in die alten Wirtschaftseliten Sachsens erkennen. Nach dem Stand vom 30. September 1946 waren von 1672 Personen 324 nicht zu ermitteln, 327 waren in Haft, 60 in Kriegsgefangenschaft und 67 verstorben. Ein großer Teil wurde zu anderen, wahrscheinlich oft körperlichen Arbeiten herangezogen. 207 waren zwar infolge Überschreitung der Altersgrenze oder dauernder Erwerbsunfähigkeit von der Arbeitspflicht befreit, aber 347 waren in Arbeit vermittelt bzw. verpflichtet, 196 verblieben in den enteigneten Betrieben als Angestellte oder Arbeiter. Nur 144 mußten noch vermittelt werden.²³

Neue Eliten

„Bis 1947 hatte sich das Sozialprofil des Managements entscheidend verändert. Die ehemaligen Direktoren stellten unter den Leitern der nun allerdings schon volkseigenen Betriebe nur noch einen 6,2 Prozent-Anteil, frühere Arbeiter (21 Prozent) und Angestellte bildeten mit 52,4 Prozent eine absolute Mehrheit.“²⁴ So bilanziert Staritz den Elitenwechsel in der ostdeutschen Wirtschaft. Diese Umschichtung sieht er

als symptomatisch für die gesamte Entnazifizierung an: „An die Stelle von Vertretern der alten Bildungs- und Besitzeliten traten Funktions-träger, die aus bislang unterprivilegierten Schichten stammten.“²⁵

Koppelman nennt ähnliche Zahlen für Leipzig: „Zu 93,3 Prozent wurden Mitte 1948 die VEB Leipzigs von ehemaligen Arbeitern und Angestellten geleitet, nur 6,7 Prozent der früheren Leitungskräfte konnten übernommen werden.“²⁶

Auch in der damaligen Selbstdarstellung wurde der Eindruck erweckt, daß für Sachsen eine vornehmlich aus Arbeitern rekrutierte neue Wirtschaftselite typisch sei. Politische Funktionsträger auf Landesebene polemisierten gegen die offenbar weitverbreitete Meinung, diese neuen Kräfte seien zwar politisch, aber nicht fachlich geeignet. So erklärte der damals faktisch als sächsischer Wirtschaftsminister fungierende Fritz Selbmann demonstrativ: „Unsere besten Betriebsleiter sind Arbeiter. [...] Wenn ich zum Beispiel den ersten Direktor unserer Leder- und Schuhindustrie in Sachsen ansehe, der 20 oder 30 oder 40 Fabriken leitet, und zwar vorbildlich leitet, wenn ich ... denke, er ist ein alter Schuster, nichts anderes als ein Schuhmachergeselle, dann sage ich, daß wir solche pessimistischen Meinungen über die Fähigkeiten der Arbeiter nicht zu haben brauchen.“²⁷

Trotz solcher zweckoptimistischen Einschätzungen – in diesem Falle von dem recht selbtherrlichen und etwas sprunghaften Selbmann – war man anfangs gezwungen, vielfach auf alte Fachkräfte zurückzugreifen. Ich komme nochmals auf das Beispiel der Firma Meier & Weichelt zurück. So schrieb der Vorsitzende des Betriebsrates an den Rat der Stadt Leipzig im Oktober 1945: „Der planmäßige Wiederaufbau einer für die Friedenswirtschaft so wichtigen Firma setzt so viele Erfahrungen, Umsicht und Kenntnisse in der Leitung voraus, daß wir nach reiflichen Überlegungen den Gedanken, die bisherige Geschäftsleitung, deren Mitglieder sämtlich Parteigenossen gewesen sind, radikal umzubersetzen, fallen gelassen haben.“²⁸ Vereinbart wurde folgendes:

Von den drei Gesellschaftern der Firma trat Dr. Curt Weichelt als der älteste Mitinhaber der Firma von dem Betriebsführerposten zurück. Dr. Helmut Vogel hatte sich nach Sorge im Harz zurückgezogen und verwaltete dort ein kleines, ihm gehöriges Unternehmen. Dr.-ing. habil. Werner Weichelt legte den Posten als stellvertretender Betriebsführer ebenfalls nieder, versah aber weiter die Aufgaben als technischer Leiter des Betriebes. Von den drei Direktoren war das aktive Parteimitglied Dr. X ausgeschieden. Die beiden anderen Direktoren Y

und Z blieben vorläufig weiter als Prokuristen bei der Firma tätig; der eine für das Finanz- und Abrechnungswesen sowie den Einkauf, der andere für die zentrale Überwachung des gesamten Verkaufswesens.

Im Gefolge dieses Provisoriums entwickelte sich Direktor Z zum eigentlichen Betriebsleiter, der durch den Treuhänder, als der erst der technische Direktor, dann ein Mitglied des Betriebsrates fungierten, kontrolliert wurde. 1948 stieg Z. sogar in den Apparat der dem VEB Leipziger Eisen- und Stahlwerke übergeordneten VVB auf. Im Gegensatz zu ihm wurde der kaufmännische Direktor in der Firma Karl Krause nach mehrfacher Weiterbeschäftigung schließlich im März 1949 wegen seiner NSDAP-Mitgliedschaft seit 1932 entlassen.²⁹

Auch in der Firma R. Sack ist bis 1948 mit Dr. Müller-Bernhardt ein ehemaliger Direktor der Treuhänder. Er soll als einziger Angehöriger der ehemaligen Firmenleitung unter Otto Sack nicht Mitglied der NSDAP gewesen sein. 1945 wurde er Mitglied der LDPD.

Man kam also nicht ohne eine Übergangselite aus. Merkmal dieser Übergangselite war, daß sie von ehemaligen leitenden Angestellten bzw. Managern derselben Firma, jedoch nicht der Eigentümer gebildet wurde. Darunter waren nominelle Mitglieder der NSDAP wie auch politisch unbelastete Personen. Diese Übergangselite war zumindest solange nötig, bis geeignete Nachwuchskader mit der erwünschten SED-Mitgliedschaft und – wenn möglich – der Herkunft nach Arbeiter herangebildet waren. Ein Teil der alten leitenden Angestellten wurde integriert bzw. sogar befördert, die Mehrzahl jedoch verdrängt bzw. nicht in die VEB übernommen, wie die Fälle des kaufmännischen Direktors in der Firma Krause und des Treuhänders der Firma R. Sack, Dr. Müller-Bernhardt, zeigen. Zuweilen geschah dies auch in einem Wirtschaftsstrafprozeß, wie bei der Kammgarnspinnerei Stöhr & Co AG aus den Akten hervorgeht.

Neben den genannten Beispielen einer Übergangselite für Leipzig lassen sich einige Fälle nennen, wo Arbeiter von Anfang an den Aufstieg zum Betriebsleiter schafften. Dies geschah vor allem auf dem Weg über die Treuhänderschaft eines Betriebes bzw. das Amt eines sogenannten „kommissarischen Betriebsleiters“. Die Einsetzung erfolgte oftmals auf sehr unkonventionellem Weg. So berichtet Ernst Schmidt: „Am 13.2.1946, dem ersten Jahrestag des schrecklichen Bombenangriffs auf Dresden, fuhr ich in einem klapprigen Auto über trümmerübersäte Straßen in die zerstörte Stadt zu Fritz Selbmann, Wirtschaftsminister von Sachsen. Von ihm erhielt ich den Auftrag, das Vermögen der Pittler-AG zu erfassen und zu verwalten. Vom Amt für

Betriebsneuordnung in Leipzig bekam ich die Bestätigung meiner Einsetzung. [...] Nach Erfüllung dieser Aufgaben fuhr ich im August 1946 erneut nach Dresden zu Fritz Selbmann. Er erklärte mir, daß es nunmehr darauf ankäme, die Produktion in einem neuen Betrieb so schnell als möglich wieder aufzunehmen.³⁰ Und Du wirst den Betrieb leiten, sagte er wörtlich. Als ich, ein Bohrwerksdreher, Zweifel anmeldete, hielt er mir entgegen: Denkste, ich war schon Minister?“³¹ Später wurde Schmidt Werkleiter des aus diesen Anfängen hervorgegangenen VEB Drehmaschinenwerkes Leipzig. In dieser kurzen Selbstdarstellung bleibt jedoch der Anteil bürgerlicher Spezialisten bei dieser Neugründung des Betriebes im Gegensatz zur ausführlicheren Betriebsgeschichte unerwähnt. Die Biographie des 1905 geborenen Schmidt paßt auch in politischer Hinsicht in die Linie einer aus Arbeiterfunktionären rekrutierten Wirtschaftselite. 1920 Mitbegründer des KJVD in Leipzig, wurde er 1923 Mitglied der KPD und nahm in der Zeit zwischen 1933 und 1945 am antifaschistischen Widerstandskampf teil. Für seine Verdienste als Werkleiter erhielt er später den Vaterländischen Verdienstorden.³²

Der erste VEB-Direktor in der ehemaligen Firma R. Sack, Kuhnert, war trotz seiner SED-Mitgliedschaft kein „Arbeiterkader“. Er war seit 1923–1926 im Unternehmen als Ingenieur, danach im Auslandsdienst und nach 1945 als technischer Direktor in der Firma R. Sack tätig gewesen. Auch der von 1948 bis 1950 amtierende Werksdirektor bei Meier & Weichelt, August Balke, kam offenbar nicht direkt aus der Arbeiterschaft. Er war vor seinem Amtsantritt als Werksdirektor zuletzt technischer Leiter des Gesamtwerkes und vorher Leiter des Betriebsteiles von Meier & Weichelt in Lindenau.³³ Dagegen entsprach sein Nachfolger, Walter Krause, ab März 1950 Werksdirektor beim VEB Leipziger Eisen- und Stahlwerke, wieder eher dem Typus des Arbeiterkaders. Er war nach 1945 vom kommissarischen Betriebsleiter zum Werkleiter Metallgußwerk Leipzig aufgestiegen, wobei fünf Monate Wirtschaftsschule Mittweida eine typische Qualifizierungsmaßnahme und Voraussetzung für die damalige Zeit war. Krause war Mitglied der SED und von sozialer Herkunft Arbeiter.³⁴

Zuletzt möchte ich, als Ausblick über den genannten Untersuchungszeitraum hinaus, auf ein anderes Phänomen einer Übergangselite hinweisen. Ein nicht geringer Teil dieser neuen Elite der Arbeiterkader wurde seit Mitte der fünfziger Jahre durch die neue Generation der Hochschulkader verdrängt. Die Autodidakten der älteren Generation wurden nicht selten von ihnen belächelt, da sie sich an solidem

Wissen überlegen wählten. Damit wurde ein Teil der neuen Elite selbst zur Übergangselite.

Die Einschätzung von Staritz über die rasche und radikale Veränderung des Sozialprofils der Unternehmensführung bis 1947 und den Aufstieg von Personen, die aus bisher unterprivilegierten Schichten stammten, bedarf zumindest aus der Leipziger Sicht der Korrektur. Die Analyse der lokalen und regionalen Entwicklung zeigt auf, daß zumindest ein Teil des alten Managements, insbesondere der mittleren Ebene, eine Übergangselite über das Jahr 1947 hinaus und wahrscheinlich bis zum Beginn der fünfziger Jahre bildete.³⁵ Das Besitzbürgertum in der Wirtschaft hingegen wurde völlig ausgeschaltet, und so waren die Weichen definitiv auf neue Eigentums- und Verfügungsstrukturen in der Wirtschaft gestellt.

- 1 Zur Kaderproblematik siehe H. Zimmermann, Überlegungen zur Geschichte der Kader und der Kaderpolitik in der SBZ/DDR, in: H. Kaelble/J. Kocka/H. Zwahr (Hrsg.), Sozialgeschichte der DDR, Stuttgart 1994. – Der Begriff Kader, aus dem Sprachgebrauch marxistisch-leninistischer Parteien entlehnt, umfaßte in der DDR eine inhomogene große Personengruppe vom Meister bis zum Politbüromitglied. Die Gemeinsamkeit bestand im Anspruch der marxistisch-leninistischen Partei, den entscheidenden Einfluß auf die Auswahl der Kader zu haben. Dabei ging es neben den fachlichen Voraussetzungen v.a. um die politische Tragbarkeit von Personen. Mindestens bis Ende der fünfziger Jahre kam als weiteres Merkmal die soziale Herkunft aus der Arbeiterschaft hinzu. Der Fragestellung des Beitrages entsprechend geht es hier um Wirtschaftskader mittlerer Ebene. Eine exaktere Bestimmung könnte man m.E. nach der entsprechenden Nomenklatur (Zuordnung von Personengruppen zu der sie einsetzenden bzw. bestätigenden kaderpolitischen Ebene) treffen. Jedoch wird hier ein Zeitabschnitt behandelt, in dem die personalpolitisch zuständigen Stellen anfänglich ständig wechselten und Nomenklatur-Ordnungen erst relativ spät entwickelt wurden.
- 2 D. Staritz, Die Gründung der DDR: Von der sowjetischen Besatzungsherrschaft zum sozialistischen Staat, München 1987, S. 101f.
- 3 Bezüglich der nationalen Ebene erschienen u.a. folgende wichtige Untersuchungen: W. Zapf, Wandlungen der deutschen Elite, München 1965; U. Hoffmann-Lange (Hrsg.), Eliten in der Bundesrepublik Deutschland, Stuttgart 1990; ders., Eliten, Macht und Konflikt in der Bundesrepublik, Opladen 1992. Die regionale Ebene betreffend ist insbesondere hinzuweisen auf: C. Rauh-Kühne/M. Ruck, Regionale Eliten zwischen Diktatur und Demokratie. Baden und Württemberg 1930–1952, München 1993; B. Fait, Die Kreisleiter der NSDAP nach 1945, in: Von Stalingrad zur Währungsreform. Zur Sozialgeschichte des Umbruchs in Deutschland, hrsg. von M. Broszat, München 1990; H. A. Welsh, Revolutionärer Wandel auf Befehl? Entnazifizierungs- und Personalpolitik in Thüringen und Sachsen (1945–1948), München 1989.
- 4 Siehe T. Adam, Die Geschichte zweier Leipziger Stadtteile um die Jahrhundertwende“, in diesem Heft, S. 90–101.

- 5 Sächsisches Staatsarchiv Leipzig (StAL), VEB Bodenbearbeitungsgeräte Leipzig Nr. 96/3.
- 6 Im Juni 1927 gab es in der Branche Maschinenbau 36 Betriebe mit 1-5 Beschäftigten (insgesamt 98 Beschäftigte) und 161 Betriebe mit 6-50 Beschäftigten (insgesamt 3420 Beschäftigte) sowie 86 größere Betriebe (über 50 Beschäftigte) mit 22531 Beschäftigten. Hinsichtlich des Beschäftigtenanteiles dominierte also die Gruppe der Betriebe mit über 50 Beschäftigten. Bei der Textilindustrie und dem Graphischen Gewerbe verhielt es sich ähnlich. Diese Verhältnisse dürften sich später durch die Weltwirtschaftskrise und den Rüstungsboom in der Zeit der nationalsozialistischen Herrschaft eher zugunsten der Großbetriebe geändert haben. In dieser Zeit kam es zu rüstungsbedingten Verschiebungen der Betriebsgrößenstruktur zugunsten der Betriebe mit mehr als 50 Beschäftigten. – Vgl. Leipziger Wirtschafts-Handbuch, Leipzig 1927, S. 797; W. Bramke/ G. Dittrich/ U. Heß/ J. Reinhold, Sachsens Wirtschaft im Wechsel politischer Systeme im 20. Jahrhundert. Strukturelle Entwicklung und soziale Problemfelder vom Ausgang des Ersten Weltkrieges bis in die frühen sechziger Jahre, Leipzig 1992, S.14.
- 7 Vgl. J. John, 'Autoritäre' und 'konstitutionelle' Fabriken im Deutschen Kaiserreich, in: ZfG 35 (1987) 7, S. 589-600.
- 8 StAL, Karl Krause Polygraphischer Maschinenbau Leipzig Nr. 892.
- 9 StAL, Karl Krause Polygraphischer Maschinenbau. Leipzig Nr. 892, Curt Bigosch an den Wirtschaftspolitischen Ausschuß der Stadt Leipzig, 17.10.1945. Das vorgenannte Beispiel der Mitbestimmung stammt aus einer Selbstdarstellung der Firma gegen die Enteignung. Darin wurden auch eine lange Reihe von Sozialleistungen aufgeführt, die im Laufe der Firmenentwicklung eingeführt wurden. Nach einem Hinweis von Michael Schäfer aus Bielefeld, der zum Vergleich des Bürgertums von Leipzig und Edinburgh 1910–1930 forscht, band die Firma Karl Krause frühzeitig die Sozialleistungen an die Zugehörigkeit zum Werkverein, was die Mitgliedschaft in den freien Gewerkschaften ausschloß.
- 10 Vgl. U. Heß, Jubiläen Leipziger Firmen im 20. Jahrhundert – zwischen Gründungsmythos und Traditionsbewußtsein, in: Feste und Feiern: Zum Wandel städtischer Festkultur in Leipzig, hrsg. von K. Keller, Leipzig 1994, S. 266-282.
- 11 Ein Beispiel für eine solche Sichtweise ist die Biographiensammlung zu den „sächsischen Wirtschaftsführern“: Sächsische Lebensbilder, Bd. 3: Lebensbilder sächsischer Wirtschaftsführer, hrsg. von E. Dittrich im Auftrag der Sächsischen Kommission für Geschichte, Leipzig 1941.
- 12 Vgl. dazu W. Bramke, Sachsen und Leipzig 1918 bis 1934. Die Wechselwirkung zwischen Land und Großstadt, in: Sachsen und Mitteldeutschland. Politische, wirtschaftliche und soziale Wandlungen im 20. Jahrhundert, hrsg. von W. Bramke und U. Heß, Weimar u. a. 1995, S. 397-414.
- 13 Zur Reichsreform-Diskussion siehe R. Berndt, Das Projekt Mitteldeutschland in den Reichsreformplänen der Weimarer Republik, in: Jahrbuch für Regionalgeschichte 16/ I (1989), S.147-155; J. John, Die Reichsreformdiskussion in der Weimarer Republik, in: Föderalismus in Deutschland. Traditionen und gegenwärtige Probleme, hrsg. von J. Huhn und P.-C. Witt, Baden-Baden 1992, S. 101-126. Beispiele für zeitgenössische Literatur und Denkschriften sind: Leipzig und Mitteldeutschland. Denkschrift für Rat und Stadtverordnete zu Leipzig, hrsg. von Stadtrat Dr. Leiske, Leipzig 1928; Mitteldeutschland auf dem Wege zur Einheit, hrsg. vom Landeshauptmann der Provinz Sachsen Dr. Hübener, Halle 1927; H. Brill, Reichsreform – eine thüringische Schicksalsfrage, Altenburg 1932.

Elitenwandel in der Leipziger Wirtschaftsregion 1945–1948

- 14 G. Brunn, Regionalismus in Europa, in: in diesem Heft, S. 23–39.
- 15 Vgl. U. Borsdorf/L. Niethammer (Hrsg.), Zwischen Befreiung und Besatzung. Analysen des US-Geheimdienstes über Positionen und Strukturen deutscher Politik 1945, Weinheim 1995, S. 139–144.
- 16 Zum Begriff vgl. W. Hofmann, Mitteldeutschland in der Geschichte der deutschen Raumplanung, Dessau 1992. Siehe auch die in Anmerkung 13 genannte Literatur zur Reichsreform-Diskussion.
- 17 Vgl. Punkt 6 der politischen Grundsätze des Potsdamer Abkommens. Das Potsdamer Abkommen, Dokumentensammlung, Berlin 1980, S.220.
- 18 Um eine ausgewogene Beurteilung der amerikanischen Entnazifizierungspolitik in Mitteldeutschland hat sich K.D. Henke bemüht. Er meint, daß die in der DDR erschienenen älteren Arbeiten zur amerikanischen Besatzungsperiode in Sachsen und Thüringen an der „verständlichen Unkenntnis der Arbeitsbedingungen“ der amerikanischen Militärverwaltung kranken. Diese Arbeiten hätten die ersten Stabilisierungsmaßnahmen überbewertend als Strategie des „amerikanischen Imperialismus“ und als eine Behinderung der Entnazifizierung mißinterpretiert. Henke weist darauf hin, daß die schärfste Entnazifizierungsmaßnahme, die USFET-Direktive vom 7.6.1945 durch den Besatzungswechsel nicht mehr wirksam werden konnte, und bringt eine Reihe von Belegen für die durch die Amerikaner erzielten Entnazifizierungsergebnisse in verschiedenen Orten Mitteldeutschlands. So wurden im Raum Zwickau 1800 Zivilisten überprüft. Andererseits räumt Henke ein, daß die „Ergebnisse der ersten Säuberungsmaßnahmen von Stadt zu Stadt höchst unterschiedlich“ und vermutlich auch Beispiele für geringeres Engagement der Amerikaner zu finden seien. Bezüglich des Vergleichs aller amerikanischen Besatzungsgebiete hatte General Clay selbst festgestellt, daß die Entnazifizierung in den später zur SBZ gehörenden Gebieten am langsamsten vorangegangen war. K. D. Henke, Die amerikanische Besetzung Deutschlands, München 1995, S. 699–701.
- 19 Ebenda, S. 700.
- 20 C. Kleßmann, Die doppelte Staatsgründung. Deutsche Geschichte 1945–1955, Darmstadt 1982, S. 82.
- 21 Vgl. S. Suckut, Die Betriebsrätebewegung in der SBZ (1945–1948), Frankfurt a. M. 1982, S. 184–191.
- 22 StAL, VEB Bodenbearbeitungsgeräte Nr. 96, Rückgabeantrag vom 21.6.47.
- 23 Sächsisches Hauptstaatsarchiv Dresden, Landesregierung Sachsen, Ministerium für Wirtschaft Nr. 2124.
- 24 D. Staritz, Die Gründung der DDR (Anm. 2), S. 101f.
- 25 Ebenda, S. 102.
- 26 G. Koppelman, Das Ringen um die Festigung der antifaschistisch-demokratischen Staatsorgane in Leipzig von Mitte 1948 bis Anfang 1949, Diss. Leipzig 1968, S. 72.
- 27 F. Selbmann, Demokratische Wirtschaft, Dresden 1948, S. 66f.
- 28 StAL, VEB Leipziger Eisen- und Stahlwerke Nr. 40. (Max Pfau, an den Oberbürgermeister der Stadt Leipzig, 16.10.45). Die Namen sind vom Verfasser anonymisiert worden.
- 29 StAL, StAL, Karl Krause Polygraphischer Maschinenbau Leipzig Nr. 193.
- 30 Der alte Betrieb war teils demontiert, teils in ein sowjetisches Konstruktionsbüro umgewandelt worden.
- 31 Dreißig Jahre Volkseigene Betriebe, Leipzig 1976, S. 39.

- 32 Ebenda.
- 33 StAL, VEB Leipziger Eisen-und Stahlwerke Nr. 138.
- 34 Ebenda.
- 35 Staritz bezeichnet die unterprivilegierten früheren Arbeiter und Angestellten, die die neue Elite bildeten, mit 52,4 Prozent als „absolute Mehrheit“. Aus dieser Schichtung läßt sich aber nicht erkennen, ob ein Teil der Angestellten bereits früher in leitenden und mittleren Funktionen tätig und bürgerlicher Herkunft war. Staritz, Die Gründung der DDR (Anm. 2), S.101.